

Tagebau Garzweiler II: Kohlegegner fordern Erhalt von Lützerath

Gesellschaft

Erkelenz/Schwerte (epd). Umweltorganisationen und lokale Initiativen fordern die NRW-Landesregierung dazu auf, die Abbaggerung des Dorfes Lützerath am Tagebau Garzweiler II zu verhindern. Die unter dem Dorf liegende Kohle werde selbst vor dem Hintergrund der derzeitigen Gaskrise nicht mehr benötigt, teilten Greenpeace, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), die Klima-Allianz Deutschland sowie „Alle Dörfer bleiben“ am Donnerstag in Berlin mit. Sie riefen die NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) dazu auf, mit der RWE Power AG den Erhalt Lützeraths zu vereinbaren und den bereits vom Konzern gestellten Antrag auf neue Abbauf Flächen abzulehnen. Zudem solle ein Moratorium beschlossen werden, das bis zur Fertigstellung einer neuen Leitentscheidung der Landesregierung verhindere, dass RWE „vorzeitige Fakten“ schaffe.

Als Begründung verweisen die Organisationen auf eine Studie, der „Coal Exit Research Group“, die aus Wissenschaftlern der Europa-Universität Flensburg, Technischen Universität Berlin und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin besteht. In einer neuen Studie kämen diese zu dem Ergebnis, dass im aktuell geltenden Abbaubereich des Tagebaus bereits deutlich höhere Kohlemengen genehmigt seien, als bis zum Ende der Kohleverstromung 2030 zur Sicherung der Energieversorgung benötigt würden. Folglich bestehe „weder eine energiewirtschaftliche Notwendigkeit für die Inanspruchnahme weiterer Dörfer und Höfe am Tagebau Garzweiler II noch eine energiewirtschaftliche Rechtfertigung“ zur Genehmigung neuer über den Bereich des aktuellen Hauptbetriebsplans hinausgehender Abbauf Flächen.

Laut der Studie besteht bis zum Ende der Kohleverstromung in NRW ein maximaler Kohlebedarf von 271 Millionen Tonnen Braunkohle aus dem Tagebaukomplex Hambach/Garzweiler II. Dem gegenüber seien noch 300 Millionen Tonnen in den aktuell genehmigten Bereichen beider Tagebaue förderbar, ohne dass Lützerath zerstört werden müsste.

„Wenn RWE behauptet, dass die Kohle unter Lützerath dringend benötigt wird, ist das nichts weiter als eine dreiste Lüge“, erklärte Alexandra Brüne von „Alle Dörfer bleiben“. „Wir erwarten, dass die neue Landesregierung endlich auf Basis der wissenschaftlichen Fakten handelt“. Klaus Breyer, Leiter des Instituts für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen und Sprecher der Klima-Allianz Deutschland, erklärte: „Die Studie zeigt, dass bewohnte Orte wie Lützerath und umliegende Höfe kein Hindernis, sondern Hoffnungssymbol für eine andere Klima- und Energiepolitik sind.“ Der im Rahmen des Gasengpasses benötigte Anteil zur Stromerzeugung aus Kohle sei im Tagebau Garzweiler bereits erschlossen. „Für Lützerath und für den sozialen Frieden in der Region braucht es jetzt ein Moratorium, das eine nachhaltige Lösung möglich macht.“